

Offenbach am Main, den 07.12.2006

Fraktion B'90 / Die Grünen

Peter Schneider

Fraktionsvorsitzender

Rede in der Stadtverordnetenversammlung – Haushalt 2007

Es gilt das gesprochene Wort.

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wir befinden uns am Jahreswechsel der Jahre 2006 / 2007 nach Christus. In der ganzen Republik herrscht bei den Kommunen vorsichtiger Optimismus – die Konjunkturdaten werden besser, die Einnahmesituation der Städte und Gemeinden wird freundlicher, die Arbeitslosenzahlen lassen hoffen.

In der ganzen Republik sieht man nun Handlungsspielräume größer werden, schmiedet man Pläne zur Konsolidierung der kommunalen Finanzen.

In der ganzen Republik? Nein!

Eine von unbeugsamen Chatten bevölkerte kleine hessische Großstadt hört nicht auf, sich diesem Trend zu widersetzen.

Meine Damen und Herren,

der Vergleich hinkt natürlich, schon weil sich das wohlbekannte kleine gallische Dorf von Asterix und Obelix gegen die Römer zur Wehr setzen muss (Was die Chatten hierzulande seinerzeit allerdings ebenso taten). Dennoch halte ich das Bild für reizvoll. Nicht etwa, weil sich vergnüglich darüber sinnieren ließe, wer bei uns die Rollen von Majestix, Gutemine, Verleihnix oder Troubadix innehat – obwohl das auch lohnend sein könnte. Das Bild ist deshalb treffend, weil die Analyse der Offenbacher Haushaltssituation deutlich macht, dass Offenbach in mancher Hinsicht durchaus im Stile der unerschrockenen Bewohner des gallischen Dorfes gegen allerlei Bedrohungen zu kämpfen hat. Ohne Zaubertrank, aber nicht minder unverdrossen – und wir sind dabei zum Erfolg verdammt!

Meine Damen und Herren,

in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltssanierungskonzepts am 16. November hat Oberbürgermeister Horst Schneider angesichts der für Offenbach in den kommenden Jahren zu prognostizierenden Defizite von ca. 55-60 Mio. € ein Szenario gezeichnet, das unserer Stadt schon für das Jahr 2010 einen kumulierten Schuldenstand von ~ 500 Mio. € im Verwaltungshaushalt prophezeit, bei weiteren 200 Mio. € aus dem Vermögenshaushalt.

Hält man sich vor Augen, dass Offenbach schon jetzt – ohne weitere Verschuldung - Jahrzehnte brauchen würde, um seine Kredite im Kernhaushalt bei ordentlicher Tilgung zurückzuzahlen – schon im Jahr 2003 betrug die sog. ‚Rechnerische Kreditlaufzeit Kernhaushalt‘ 43,5 Jahre (Quelle: Bund der Steuerzahler Hessen) – so sieht man die Dramatik der Lage in aller Deutlichkeit.

Mittlerweile muss jeder und jedem klar sein: Die strukturellen Probleme, die unsere Stadt im Wandel vom Industrie- zum Dienstleistungsstandort zu bewältigen hat, erfordern weiterhin alle unsere Anstrengung – und wir brauchen Verbündete!

Indes – auf vielen Feldern müssen wir uns leider erstmal daran begeben, die Steine aus dem Weg zu räumen, die man uns von verschiedenen Seiten vor die Füße wirft. Ich nenne nur einige markante Beispiele:

Der Gewerbebetrieb Flughafen Frankfurt.

Niemand verkennt die ökonomische Bedeutung des Flughafens für unsere Region. Aber: Es kann und darf nicht sein, dass Offenbach durch den von der Fraport AG und der Landesregierung rigoros betriebenen Bau einer Nordwestbahn in seiner Entwicklung noch stärker behindert wird als dies ohnehin schon der Fall ist! Was wir brauchen, ist eine Reduzierung des Lärms über unserer Stadt – nicht das Gegenteil. Es ist unerträglich, dass wir einerseits erhebliche Anstrengungen unternehmen – z. B., und das ist wirklich nur ein Beispiel von vielen, auf dem Hafengelände, um u. a. durch die Ausweisung neuer Wohngebiete Offenbachs Attraktivität in der Region zu erhöhen, andererseits aber dann erleben müssen, dass die Pläne eines Gewerbebetriebs unsere Arbeit zur Makulatur werden lassen!

Die Siedlungsbeschränkungsflächen, die der Lärm über unseren Köpfen nach sich ziehen würde, wenn die Ausbaupläne der Fraport AG nicht aufzuhalten sind, würden Wohnen auf dem Hafengelände unmöglich machen! Schon jetzt erleiden wir Einschränkungen, nicht nur in diesem Bereich.

Wie soll sich da unsere kleine hessische Großstadt entwickeln?

Es sei klar gesagt: Nicht die Siedlungsbeschränkung, die die Bevölkerung vor Gesundheitsschäden bewahrt, ist das Problem – der Lärm und die anderen Belastungen durch den Flugverkehr sind die Ursache.

Nächstes Beispiel:

Beitragsfreies Kindergartenjahr.

Wir haben in diesem Haus die Beteiligung Offenbachs am sog. Bambini-Programm der Landesregierung beschlossen. Das war alternativlos, wir hatten keine andere Wahl. Natürlich ist es gerade in unserer Stadt wichtig, alle Kinder frühzeitig in die Kindergärten zu bekommen, um sie adäquat fördern zu können, insbesondere auch im Bereich der Sprachkompetenz.

Wir mussten – gegen bessere Einsicht – akzeptieren, dass die Landesregierung die Mittel nur ausschüttet, um das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu machen. Ziel führend wäre es gewesen, so früh wie möglich anzusetzen, also beim ersten Jahr. Katastrophal ist es jedoch für Offenbach, dass reiche Kommunen von dem Programm profitieren, während ausgerechnet die schwächsten Glieder in der Kette die größte Last zu tragen haben werden. De facto nimmt man uns mit diesem Programm bis zu 6 Mio. €, während andere sich über zusätzliche Mittel in prall gefüllten Stadtsäckeln freuen dürfen. Dies geschieht seitens der Landesregierung sehenden Auges – ohne Not.

Wie soll sich da unsere kleine hessische Großstadt entwickeln?

Beispiel drei:

Der Schulbereich.

Der Blick in den Haushalt belegt an etlichen Stellen, dass in diesem Bereich der Schwerpunkt unserer Bemühungen liegt – ich denke, darüber gibt es einen breiten Konsens in Offenbach und in diesem Haus.

Neben der Sanierung der Gebäude, die wir mit Hochdruck angehen, ist es aber doch von zentraler Bedeutung, ob das, was in diesen Gebäuden geschieht, auch dem entspricht, was Kinder und Jugendliche brauchen und Eltern und Lehrkräfte fordern.

Und da erleben wir, dass das Kultusministerium die Stadt Offenbach wiederum daran hindert, sich so zu entwickeln wie sie es will und für richtig erkannt hat. Mit zäher Regelmäßigkeit versagt man uns, den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern eine weitere Gesamtschule – aus reiner Ideologie, denn der Bedarf wird Jahr für Jahr überdeutlich.

Wie, so frage ich, soll sich denn da unsere kleine hessische Großstadt vernünftig entwickeln?

Zu allem Überfluss stellt sich dann auch noch der Statthalter der Kultusministerin in Offenbach, der Leiter des Staatlichen Schulamtes für die Stadt und den Kreis, Herr Seide, hin und schwadroniert vor der Presse darüber, dass er seine Kinder nicht an bestimmte Schulen in Offenbach schicken würde – ich finde das unerhört!

Herr Seide wohnt, glaube ich, in Darmstadt, im Heimatwahlkreis der Ministerin. Herr Seide, wären Sie nur da geblieben! Ich jedenfalls sage Ihnen, dass in Offenbach Hervorragendes geleistet wird an den Schulen, und zwar gerade von den Lehrkräften, denen Sie in den Rücken gefallen sind!

Meine Damen und Herren,

noch ein letztes Beispiel möchte ich anführen zum Beleg dafür, dass Offenbach sich wehren muss:

Das Ballungsraumgesetz mit den drohenden Zwangsverbänden, etwa im Kulturbereich.

Wenn der gesamte Kulturetat der Stadt Offenbach künftig dafür verwandt werden müsste, den Frankfurter Zoo, die dortige Oper usw. mit zu finanzieren, dann kann man ja nur fassungslos innehalten ob dieser bodenlosen Unverschämtheit.

Wie, bitte schön, soll sich unsere kleine hessische Großstadt da entwickeln?

Ich denke, es ist deutlich geworden: Wir brauchen viel Energie, einen langen Atem, gute Ideen und nicht zuletzt Lebensfreude, um unserer Verantwortung als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Offenbacher Bevölkerung gerecht zu werden. Diese hat uns gewählt, um Probleme zu lösen und Entscheidungen zu treffen. Der vorliegende Haushalt belegt, dass wir die richtigen Schritte in die richtige Richtung gehen.

Die Richtung ist vorgegeben von einer Vision, wohin es in Offenbach gehen muss: Offenbach als lebens- und liebenswertes kleines hessisches Oberzentrum –

- nicht verläärmt
- nicht vermüllt
- mit tragfähiger Sozialstruktur bei kultureller Vielfalt
- mit viel Grün
- mit gelebter Solidarität und sozialer Gerechtigkeit
- mit an den Bedürfnissen und an den Bedarfen ausgerichteten Betreuungsangeboten für Kinder bis drei Jahre

- mit Kindertagesstätten, in denen 100 % unserer Kinder optimal gefördert und gefordert werden
- mit gut ausgestatteten, modernen Ganztagschulen, die ebenfalls optimal fördern und fordern
- mit einem ausreichenden Arbeitsplatzangebot in der Region, auf allen Qualifizierungsniveaus
- mit einem modernen Klinikum als Haus der Maximalversorgung
- mit einer Energiebilanz die zeigt, dass wir Klimaschutz ernst nehmen und praktizieren
- mit einer lebendigen, vielfältigen Vereins- und Kulturszene
- mit Straßen, Plätzen und Lebensräumen, in denen Menschen sich wohl fühlen
- mit einem Stadtkonzern und einer Infrastruktur, die höchsten Ansprüchen an Effizienz, Ökologie und Ökonomie gerecht werden.

Meine Damen und Herren,

die Analyse des vorgelegten Haushalts 2007 zeigt unser an dieser Vision ausgerichtetes Handeln:

- Wir werden alle notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, um die drohende Belastung um den Flughafenausbau abzuwenden.
- Wir stellen 4,5 Mio. € für die Sanierung der Schulen ein, weitere 1,2 Mio. € als Verpflichtungsermächtigung – neben der beschleunigten Prüfung von ÖPP-Varianten, die in 2007 zu weiteren Beschlüssen zur Schulsanierung führen wird.
- Wir stellen sicher, dass der Bedarf an Kita-Plätzen – 3920 in '07 – gedeckt ist.
- Wir haben dafür gesorgt, dass künftig jährlich ca. 50 TEUR an Mitteln im Bereich Integration zusätzlich zur Verfügung stehen werden: Zuschüsse, die durch die Einbindung der Leitstelle Zusammenleben ins Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration für Integrationsmaßnahmen eingesetzt werden können.
- Wir werden – so haben wir es im Kindertagsstättenentwicklungsplan festgeschrieben – bis zum Jahr 2010 rund 400 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zusätzlich schaffen.
- Wir erhalten auch weiterhin die Höhe der Mittel für Vereine und Initiativen im Kulturbereich, nämlich 6,6 Mio. €. Gleiches gilt im Sportbereich.
- Wir führen die Modernisierung unserer Verwaltung fort, die nach wie vor in vielen Bereichen Vorbildliches leistet. – An dieser Stelle ein herzliches Danke schön! –

- Wir setzen unsere Anstrengungen im Bereich Klimaschutz fort und intensivieren sie: Z. B. 15 TEUR mehr für das Klimaschutzmanagement, z. B. 50 TEUR neu für die Einrichtung eines Call-a-bike-Projekts. Es läuft das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der GBO mit einem Umfang von 14,5 Mio. €, die Modernisierung des OFC-Stadions wird die Gewinnung von Solarenergie beinhalten, das Dach des Ledermuseums setzt schon jetzt ein Beispiel, wir bewahren naturnahe städtische Erholungsräume usw. usf.
- Wir erstellen ein Gesamtkonzept für die Entwicklung der Innenstadt. Mit Hilfe von HeGISS werden Mittel in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. € in die Sanierung der östlichen Innenstadt fließen. Und eine Vorlage im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung zeugt von weiteren Schritten in diesem Teil der Stadt.
- Die Kaiserstraße wird umgestaltet, 1,85 Mio. € sind für den 1. Bauabschnitt im Haushalt eingestellt.
- Wir fördern den Radverkehr, in einer neu eingerichteten Haushaltsstelle sind dafür 100 TEUR eingestellt.
- Wir verlängern den Industriebahnweg entlang der Daimlerstraße in nordöstlicher Richtung und stellen so eine Fuß- und Radwegverbindung zur S-Bahn-Haltestelle OF-Ost her.
- Wir stellen 220 TEUR bereit, um das Mainvorgeleände zwischen Carl-Ulrich-Brücke und Isenburger Schloss als städtisches Naherholungsgebiet attraktiver zu gestalten.
- Wir intensivieren die Gestaltung der Park- und Gartenanlagen, 945 TEUR sind dafür eingestellt.

Meine Damen und Herren,

die Aufzählung zeigt naturgemäß nur einige Schritte auf, die wir gehen. Vieles ist im vorliegenden Haushalt 2007 enthalten, was sicherlich auch der Erwähnung wert ist. Ich denke aber, meine Beispiele zeigen klar die Richtung unserer Politik zum Wohle unserer Stadt.

Aber:

All dies wird nicht reichen. Das eingangs zitierte Szenario unseres OB schwebt über allem, was wir tun.

Wir brauchen Verbündete – ich sagte es.

Und da liegt die Landtagsfraktion der Grünen völlig richtig, wenn sie – und Tarek Al Wazir hat das hier im Haus erläutert – die Einrichtung eines Sozialstrukturausgleichs in Hessen fordert, der mit 90 Mio. € ausgestattet werden soll.

Es macht eben Sinn, den vom Strukturwandel besonders hart getroffenen Kommunen einen gerechten Zugang zu den vorhandenen Landesmitteln zu ermöglichen, statt nach dem Gießkannenprinzip alle gleich – und damit ungerecht – zu bedienen bzw. sogar – siehe Bambini-Projekt – die Schwachen zusätzlich zu belasten.

Wohlgemerkt: Es geht hier nicht um Almosen, sondern um einen fairen Umgang miteinander. An alle im Landtag vertretenen Parteien muss aus Offenbach der einhellige, deutlich vernehmbare Ruf ergehen, am 12.12. im Landtag diesen Sozialstrukturausgleich zu beschließen!

Doch auch dies wird nur eine Sofortmaßnahme sein, die nicht dauerhaft Strukturen zu ändern vermag.

Daher, meine Damen und Herren,

setze ich mittelfristig auf eine Weichenstellung, die sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Grünen auf der Agenda steht – obgleich man vor Kurzem den Eindruck haben konnte, die hessische SPD hätte den Gedanken aufgegeben:

Wir brauchen eine Korrektur der überholten Strukturen im Rhein-Main-Gebiet, wir brauchen einen Regionalkreis Rhein-Main. Natürlich setzt dies eine Absage an altes Kirchturmdenken voraus – aber genau dieses kleinkarierte Denken verhindert ja sinnvolle, tragfähige Strukturen und führt zu Zwangsverbänden und ähnlichem Unfug. Lassen Sie uns gemeinsam den Gedanken des Regionalkreises offensiv vertreten! Dieser bietet ein hohes Maß an Belastungs- und Verteilungsgerechtigkeit bei voller Mitsprache aller Betroffenen. Und genau darin liegt die Chance für Offenbach.

Meine Damen und Herren,

natürlich reden wir hier vor allem über unsere kleine hessische Großstadt und ihre spezifischen Probleme. Dennoch müssen wir unser Handeln immer auch daran messen lassen ob wir die fatale Entwicklung im Blick haben, die mit dem Wort Klimawandel bezeichnet wird und die wir gerade in diesen Tagen, in denen sich mitten im Dezember unsere Flora schon auf Frühling einstellt, sehr deutlich spüren.

Es geht ja schon gar nicht mehr darum, die von Menschen geschaffene Erwärmung unseres Planeten rückgängig zu machen.

Angesichts einer – trotz Kyoto-Protokoll! – weltweiten Steigerung des CO₂-Ausstoßes um 30 % seit 1990,

angesichts der Tatsache, dass die zerstörerischen Fluorchlorkohlenwasserstoffe weiterhin munter produziert und eingesetzt werden – erst im Jahr 2010 dürfen sie weltweit nicht mehr produziert werden, und das obwohl ein FCKW-Molekül ungefähr zehntausendmal stärker zum Treibhauseffekt beiträgt als ein CO₂-Molekül -,

angesichts der schon messbaren und spürbaren Auswirkungen menschlichen Raubbaus an der natürlichen Umwelt

wären auch optimistische Experten schon heilfroh, wenn wir die seit Beginn des Industriezeitalters zu verzeichnende Erwärmung auf der Erde auf ca. 2° C im langjährigen Mittel würden begrenzen können. Und selbst dafür müssten wir noch sehr viel tun, alle miteinander.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen, dass das Angebot der EVO im Bereich Erneuerbarer Energien in keiner Weise unseren Vorstellungen genügt. Wir werden darauf hinwirken müssen, dass sich hier Grundlegendes ändert. – Wir haben kein Interesse daran, dass der EVO bald Kunden abhanden kommen, aber genau dies wird passieren, denn immer mehr Menschen begreifen, dass das eigene Verhalten zu allererst überprüft werden muss, und sie verlangen entsprechende Produkte und Angebote. Wir haben als Stadt Offenbach hier nicht den ganz langen Hebel, da wir nur eine Minderheitsbeteiligung halten. Dennoch: Wir werden unseren Einfluss geltend machen.

Meine Damen und Herren,

ich fühle mich wohl in Offenbach.

Und ich weiß, dass ich dieses Gefühl mit sehr, sehr vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern teile, auch hier im Saal, ganz unabhängig von der politischen Farbe.

Und da komme ich noch einmal zurück auf das Bild vom kleinen gallischen Dorf, das Uderzo und Goscinny so herrlich entworfen haben:

Auch dort leben höchst unterschiedliche Menschen mit den verschiedensten Interessen, Neigungen, Bedürfnissen und Lebensentwürfen. Man rauft sich dort bisweilen heftig, sehr heftig mitunter. Und von Methusalix bis Idefix, von Gutemine bis Verleihnix mischen alle kräftig mit, wobei sich häufig nur für wenige Beteiligte erschließt,

woran sich der Konflikt entzündet hat, von vertiefter Sachkenntnis ganz zu schweigen (Vielleicht auch eine Parallele?).

Aber trotz aller Streitereien – und daraus können wir lernen: Wenn's ums Gemeininteresse geht, halten alle zusammen. Und wie!

Was ich angesichts des Schreibens des OB und des Kämmerers an Herrn Grüttner als Reaktion wahrgenommen habe, macht mich in dieser Hinsicht nicht gerade hoffnungsfroh. Da wurde zunächst die Frage aufgeworfen, in welcher Rolle man denn den Brief erhalten hat. Formal sicher eine richtige Frage, aber: Wenn die Antwort hilfreich ist, Herr Grüttner, dann ist den Offenbacherinnen und Offenbachern die Rolle grad egal, in der sie gegeben wird. Stimmen Sie für den Sozialstrukturausgleich, und wir werden den Staatsminister, den Landtagsabgeordneten, den Stadtverordneten und den CDU-Chef loben. Tun Sie's einfach.

Gefährlich finde ich es allerdings, wenn – wie in der letzten Sitzung der Stadtverordneten geschehen – aus billigem parteipolitischen Interesse heraus der politische Gegner wider besseres Wissen für einzelne Strukturprobleme verantwortlich gemacht wird, wenn posaunt wird, der OB, der Kämmerer oder sonst wer habe den Karren in den Dreck gefahren, sei persönlich schuld an der Misere.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hören Sie auf mit diesem Gerede, es schadet unserem gemeinsamen Anliegen!

Als Opposition ist es Ihr Auftrag, die Schwerpunktsetzung dieser Koalition zu hinterfragen und ggf. Alternativen aufzuzeigen. Ich sehe die Alternativen nicht, obwohl ich sehr genau hinsehe:

Sie haben Anträge zum Haushalt 2007 vorgelegt, die ein Volumen von 208 TEUR aufweisen. Ich wiederhole: 208 TEUR! Das Gesamtvolumen des hier zu beratenden und zu beschließenden Haushalts, also die Summe der Ausgaben im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt, beläuft sich auf 687,5 Mio. €.

Meine Damen und Herren von der CDU, die Alternative, die Sie hier anbieten, schlägt Veränderungen von ziemlich genau 0,03 % des Haushaltsvolumens vor! Bei den übrigen Ausgaben, also bei 99,97 % des Haushaltsvolumens, fehlt es Ihnen an Konzepten, die als Alternative zur Politik der Koalition angeboten werden könnten.

Daraus folgt für mich logisch, dass Sie sich unserer gemeinsamen Verantwortung für unsere kleine hessische Großstadt stellen und dem vorliegenden Haushalt 2007 zustimmen werden.

Was Ihre Anträge angeht, so ist das diesmal wenig Lärm um nichts:

Beim Schlosspark in Rumpenheim tun Sie so, als wollten Sie eine Maßnahme initiieren, von der Sie schon längst wissen, dass sie zwischen Verwaltung, BIR, RUK und Schlosskirchengemeinde besprochen ist,

bei der Turnhalle auf dem Buchhügel tun Sie so, als gäbe es die Verhandlungen mit dem Land Hessen nicht schon längst, zu denen Sie auffordern,

bei den Ersatzleistungen von Dritten verkennen Sie, dass Ihr Antrag den geltenden Bestimmungen in den Richtlinien zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes zuwider läuft, nach denen von der Möglichkeit der treuhänderischen Rückübertragung zur Sicherung des Anspruchs im streitigen Klageverfahren nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden soll,

beim Kopfbau des Klingspor-Museums ignorieren Sie, dass man nicht einfach mal so nebenbei 10 % der Gesamtkosten für irgendwas in den Haushalt einstellen kann, ohne Konzept, ohne dann auch im Haushaltsjahr die komplette Maßnahme umzusetzen – Sie sagen ja noch nicht einmal, was mit den 50 TEUR geschehen soll. Dass uns das Anliegen wichtig ist, sollte klar sein.

Bei der Turnhalle Grundschule Bieber-Waldhof fabulieren Sie von der „Vorbereitung der Maßnahme in die Aufnahme der Liste der PPP-Projekte“ – was das sein soll, wird auch nicht deutlich – aber Hauptsache, die Leute haben's in der Zeitung gelesen, dass Sie dazu einen Antrag gemacht haben,

bei der Aschaffener Straße gehen Sie genauso vor wie beim Schlosspark: Die Maßnahme ist zwischen Verwaltung und örtlichen Vereinen und Initiativen besprochen, Sie hängen sich drauf,

bei der östlichen Innenstadt hängen Sie sich auf die Maßnahme des OB drauf, ohne zu berücksichtigen, was wir nachher für diesen Bereich beschließen werden.

Zum Thema Freiwilliger Polizeidienst wurde hier schon häufig geredet – ist ja OK wenn Sie da mal eine echte Alternative bringen – wir wollen sie nicht.

Ein ernsthaftes Anliegen spricht aus Ihrem Antrag zu den S-Bahn-Stationen Waldhof und Bieber. Sie haben Recht: Hier ist tatsächlich Handlungsbedarf. Dass wir aber die Deutsche Bahn dafür belohnen, dass sie nichts tut, das will mir nicht in den Kopf. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir den Druck auf die Bahn erhöhen können. Bei den Rolltreppen hat's ja auch mal geklappt.

Meine Damen und Herren,

in dem hier schon erwähnten kleinen gallischen Dorf ist es gute Sitte, dass man sich nach überstandener Abenteuer und errungenem Erfolg an einen Tisch setzt und miteinander feiert. Wir werden das nachher ja auch tun, ich freue mich drauf. Na ja – wer die falschen Lieder singt, kann da leider nicht dabei sein...

Ich denke, es ist klar geworden, dass ich mal eifriger Leser der Asterix-Hefte war, und dass ich eine deutliche Sympathie für die Bewohnerinnen und Bewohner des kleinen gallischen Dorfs hege. Gleiches gilt für die kleine hessische Großstadt, für deren Geschicke und Wohlergehen wir Sorge zu tragen haben, und deren Bewohnerinnen und Bewohner sich zusammenraufen müssen angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Meine Damen und Herren,

der vorliegende Haushalt 2007 zeigt das Machbare auf.

Er setzt die richtigen Schwerpunkte.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird ihm zustimmen.

Die 0,03 %-Anträge der CDU dazu werden wir ablehnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.